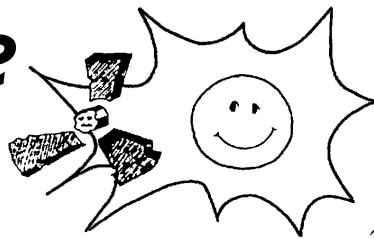


# Atomkraftfreie Zukunft



P.b.b.

3/2010 Oktober

## Es war einmal eine UVP ...

**Auf Regierungsebene herrscht Ruhe um das unselige Projekt, aber die Bundesländer werden aktiv.**

Im Juni klagte das Land Wien die EU-Kommission beim Europäischen Gerichtshof: Demnach sei die Europäische UVP-Richtlinie nicht korrekt in slowakisches Recht umgesetzt worden: Zum Ende der UVP gab es von slowakischer Seite nur einen „Standpunkt der Behörde“ und keinen Bescheid und somit auch keine Rechtsmittel; außerdem verstoße die Kommission gegen das Recht auf Information und Aktenzugang: Seit Monaten wartet das Land Wien auf Einsicht in sicherheitsrelevante Dokumente, die laut Europäischer Charta der Grundrechte nach spätestens vier Wochen gewährt werden muss. Im Umweltministerium heißt es, dass man selbstverständlich weiterhin in bilateralen Gesprächen die offenen Sicherheitsfragen behandeln wird, bis sie beantwortet sind.

Das Land Niederösterreich legte, auch im Juni, Beschwerde gegen die Umweltverträglichkeitsprüfung des Projektes Mochovce 3+4 bei der EU-Kommission ein. Die UVP sei einseitig und abrupt beendet worden, Kritikpunkte des Landes NÖ seien nicht berücksichtigt worden. Der slowakische Standpunkt, dass selbst bei einem schweren Unfall keine grenzüberschreitenden Auswirkungen zu erwarten seien, sei inakzeptabel. Das slowakische UVP-Gesetz entspreche nicht EU-Recht, die Rechte der Verfahrensteilnehmer seien stark eingeschränkt. Damit hat Niederösterreich als viertes Bundesland nach Oberösterreich, Wien und dem Burgenland Beschwerde bei der EU-Kommission eingereicht, vor kurzem haben Vorarlberg und Salzburg es ihm gleichgetan.

In der Umweltausschuss-Sitzung Ende Juni äußerten die Oppositionsparteien Kritik an der Rechtsstaatlichkeit des UVP-Verfahrens; Umweltminister



Berlakovich teilte diese Kritik nicht, sondern meinte, es sei ein Erfolg, dass die Einwände Österreichs gehört würden (!). Und das bei den eklatanten Mängeln des Projekts: Das AKW hat keine Schutzhülle, die im Falle eines Unfalles vor dem Austritt von Radioaktivität schützt. Auch der Schutz vor Flugzeugabstürzen ist nicht gegeben. Nach dem Bau-stopp in den 1990er Jahren will die Slowakei nun mit Originalteilen von einst die Blöcke 3 und 4 weiterbauen. Viele Anlagen-teile wurden in Hallen zwischen-gelagert und sollen nun, 20 Jahre später, wieder verwendet werden. Ein unverantwortliches Experiment vor unserer Haustüre!

Dieser Juni hatte es in sich: Gegen Ende des Monats meldete die EU-Kommission Zweifel am Status der UVP an: „Die Kommission wird die slowakischen Behörden auffordern, die Art der laufenden UVP zu spezifizieren und anzugeben, ob sie als eine Prüfung im Rahmen der UVP-Richtlinie gilt oder ob es sich um eine andere Art Prüfung handelt, die nicht unter die Richtlinie fällt ...“ Das klingt so, als wollte die Kommission der Atomlobby eine goldene Brücke bauen: Wenn die UVP nicht unter die UVP-Richtlinie fällt, braucht man sich um die Einhaltung so mancher Vorschrift nicht mehr zu scheren! Wenn das groteske Spektakel letzten Herbst nicht Teil einer UVP war – wo bleibt dann die UVP???

## Unsere Aktivistin Paula beim „Menschenstrom gegen Atom“ in der Schweiz

Dieser fand am Pfingstmontag, dem 24. Mai 2010 statt, wurde von Schweizer Aktivistinnen und Aktivisten organisiert und führte von Aarau, am AKW Gösgen vorbei, bis nach Olten. **Zwei Kilometer lang und 4.500 Teilnehmer „stark“ war der „Menschenstrom“!** Paula hielt bei der Schlusskundgebung eine Rede, in der sie sagte, dass wir in Österreich zwar keine Atomkraftwerke hätten, aber sehr wohl rund um Österreich, besonders das sehr gefährliche AKW Mochovce, das für uns eine große Bedrohung darstellt. Radioaktive Wolken kennen keine Grenzen, und der weltweite Trend zur Stilllegung möge anhalten.

Danke, Paula! Du hast uns sehr würdig vertreten!

## Deutsche AKWs bleiben länger am Netz

Die deutsche Regierung hat sich im monatelangen Streit um die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke beim Atomgipfel in Berlin in einem Kernpunkt geeinigt: Demnach wird die Laufzeit gestaffelt. Die Meiler sollen je nach Alter in zwei Gruppen unterteilt werden: 7 ältere Modelle bleiben noch 8 Jahre länger als bisher geplant, 10 neuere Reaktoren 14 Jahre länger – das ergibt im Schnitt eine Verlängerung der Laufzeit von 12 Jahren. Die Vereinbarung sieht außerdem vor, dass ein Ökostrom-Fonds geschaffen wird, in den die Energiekonzerne einzahlen. Sie werden auch eine Brennelementesteuer zur Sanierung des Staatshaushaltes abführen. (Teletext ORF, 5. 9. 2010) **Nach bisheriger Rechtslage muss das letzte deutsche AKW in den Jahren 2021/2022 stillgelegt werden. So lautete die Vereinbarung zwischen der früheren rot-grünen Bundesregierung und den großen Stromkonzernen aus dem Jahr 2000.** Die durchschnittliche



Betriebsdauer von AKWs liegt bei 32 Jahren.

**Die Verlängerung der Laufzeiten geht auf Kosten der Sicherheit nicht nur der deutschen, sondern auch der österreichischen Bevölkerung!**

**Wir protestieren gegen die Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke! Das ist ein neues Sicherheitsrisiko an unserer Grenze, nur um den Profit einiger weniger zu erhöhen!**

**Protestkundgebung am 9. Oktober um 10<sup>30</sup> vor der deutschen Botschaft  
1030 Wien, Metternichgasse 3**

## Italien plant neue AKWs an der österreichischen Grenze

**Die Pläne der italienischen Regierung für den Bau von Kernkraftwerken in Grenznähe sind konkreter, als österreichische Politiker dies wahrhaben wollen. Die Entscheidungen für die neuen AKWs sind längst gefallen.** Ministerpräsident Silvio Berlusconi hat schon 2009 mit seinem französischen Amtskollegen Nicolas Sarkozy ein Abkommen für den Bau von vier Atommeilern unterzeichnet. Im heurigen Frühjahr kündigte der russische Premierminister Wladimir Putin in Rom an, dass Russland sowohl nukleares Brennmaterial liefern wie die Bearbeitung der nuklearen Abfälle übernehmen könne. Auch finanzielle Unterstützung von geschätzten 20 Mrd.

Euro sagte Putin zu. **2013 soll mit dem Bau des ersten AKWs bei Chioggia knapp bei Venedig begonnen werden, ein zweites ist bei Monfalcone nahe Triest geplant – beide Standorte liegen nicht einmal 200 km von Kärnten entfernt!** Berlusconi will mit massiver Werbung gegen Widerstand aus Österreich und Italien ankämpfen: 54% der Italiener seien für die Nutzung der Kernenergie, lehnten aber die Errichtung von Atommeilern und Atommülllagern in der Gegend ab, wo sie selbst leben ([www.krone.at/Nachrichten/Italien](http://www.krone.at/Nachrichten/Italien), 18. 7. 2010). **Die österreichische Regierung muss vehement und konsequent gegen die italienischen Atomkraft-Pläne auftreten.**



*Das Engagement der Bundesländer, die ihre Verpflichtung wahrnehmen und Schritte gegen ein gemeinsames gefährliches Projekt an Österreichs Grenze setzen, steht in krassem Gegensatz zur Säumigkeit der Bundesregierung. Bei der Kundgebung am 21. September forderte die „Wiener Plattform Atomkraftfrei“ den Bundeskanzler zum Handeln auf. Foto: Wiener Plattform Atomkraftfrei*

# Ultraschallgerät für herzkrankte Säuglinge

Foto: Global 2000



Noch einmal der Aufruf zur Spende für das dringend notwendige Ultraschallgerät, Kosten 25.000 bis 30.000 Euro, für die Kinderklinik Kharkov. Damit können Herzfehler und Herzkrankheiten bei Neugeborenen und Säuglingen noch rechtzeitig entdeckt werden. Sie sind teilweise angeboren, aber sie entstehen auch als Nebenwirkung von Medikamenten gegen Krebs. Bis zu 5000 Operationen werden jährlich im Krankenhaus heute schon durchgeführt. Im Einzugsgebiet der Kinderklinik leben rund 600.000 Menschen.

**Durch eine frühe Diagnose und Behandlung könnten die meisten Babys gerettet werden!**

## Chuzpe des Quartals:

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler und amtierende Nationalratsabgeordnete Dr. Wolfgang Schüssel sitzt im Vorstand der RWE, des deutschen Atomstrom-Konzerns. Er ist damit an den von der RWE betriebenen AKWs gewinnbeteiligt, was jetzt, da die Laufzeit der deutschen AKWs verlängert wird, sein finanzieller Vorteil ist. Die „Wiener Plattform Atomkraftfrei“ hält dies mit Schüssels Verantwortung im Nationalrat nicht vereinbar und fordert ihn auf, sein Mandat zurückzulegen. Als Abgeordneter ist er nämlich auch der österreichischen Anti-Atom-Politik verpflichtet, die ja in der Verfassung verankert ist. Wir sagen: Ein Rücktritt ist wohl das allermindeste!

**Unterstützen wir auch dieses Mal großzügig dieses Projekt, das den Allerkleinsten zu Gute kommt!**

Spendenkonto: PSK KNR 930 22 985, Kennwort „Ultraschallgerät“

**Wir begehen den heurigen Nationalfeiertag mit der Forderung an unseren Außenminister, endlich gegen das Projekt „Mochovce 3+4“ aktiv zu werden! Dieser Forderung verleihen wir Ausdruck am 26. Oktober 2010 von 10 bis 14 Uhr, in Wien 1, auf dem Minoritenplatz vor dem Außenministerium.**

**Das ist eine gute Gelegenheit für die mehr als 209.000 Menschen, die ihre Stimme gegen dieses AKW erhoben haben, den Außenminister an seine Pflicht der österreichischen Bevölkerung gegenüber zu erinnern!**

Die Vervielfältigung und der Versand dieser Zeitungs- ausgabe werden unterstützt von der Wiener Umwelthanwaltschaft.

### **MitarbeiterInnen dringend gesucht!** **Gemeinsam bewegen wir viel!**

Betreuung unseres Info-Standes, Planung von Aktionen und Kampagnen, Teilnahme an Kundgebungen, Mitarbeit beim Zeitungsversand, ... Wenn Sie Interesse haben, laden wir Sie herzlich ein, sich bei uns zu melden: telefonisch unter 01/865 99 39 oder per E-Mail: [atomkraftfreieizukunft@gmx.at](mailto:atomkraftfreieizukunft@gmx.at)

Um unsere Aktivitäten auch weiter mit gutem Erfolg fortsetzen zu können, ersuchen wir unsere Leserinnen und Leser um die **Überweisung des Förderbeitrags von € 15.- für das Jahr 2010**. Auch Spenden nehmen wir dankend an!

**Liebe Leserinnen, liebe Leser!** Sie erhalten dreimal kostenlos unsere Zeitung „Atomkraftfreie Zukunft“. Bitte nehmen Sie heute die Gelegenheit wahr und **überweisen Sie uns eine Spende**. Falls nach dreimaligem Bezug keine Spende eingeht, müssen wir leider aus Kostengründen die Zustellung einstellen. Tut uns leid ...

Wenn Sie unseren **Newsletter** lesen wollen, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse bekanntzugeben. **Besuchen Sie auch unsere homepage:** [www.atomkraftfreieizukunft.at](http://www.atomkraftfreieizukunft.at)

### **Was ist ... erneuerbare Energien?**

Darunter versteht man alle Arten von Energie, die aus Faktoren erzeugt wird, die nach unseren Begriffen unerschöpflich sind: in der Hauptsache Sonne, Wind und Wasser; ob Energie aus Groß-Wasserkraftwerken und aus Biomasse auch dazugehört, ist umstritten.

### Erneuerbare Energie

**Die Menschheit verbraucht die fossilen Energieträger, die in mehreren hundert Millionen Jahren entstanden sind, innerhalb weniger Generationen.** Eine ökologische Energiewende ist möglich, wenn viele mitmachen. Unser Land verfügt über reichlich Wasserkraft. Kleinwasserkraft, Sonnenlicht und Windkraft sind die Säulen des nachhaltigen Energiesystems und könnten den Energiebedarf unseres Landes (fast) zur Gänze decken. Weltweit ist die Wind- und Solarenergie auf dem Vormarsch. Nach dem Weltenergiebericht wuchsen die globalen Windkraft-Kapazitäten im Jahr 2009 um 31% und die Solarenergie-Kapazitäten um 47%. (Heute, 25. 6. 2010)

Mit der Inbetriebnahme eines Windkraftwerkes im niederösterreichischen Maustrenk im Juli dieses Jahres hat Österreich die Gesamtleistung von mehr als 1000 Megawatt erreicht. Mit dieser Strommenge können 580.000 Haushalte versorgt und ein AKW eingespart werden! (Kurier, 22. 7. 2010)

**Atomkraft ist keine Zukunftstechnologie**, sie ist zu teuer und unwirtschaftlich, wenn die Kosten der Endlagerung des strahlenden Materials einberechnet werden. Uran ist ein begrenzt vorhandener Rohstoff. **Bis 2030 könnten global bis 50% der Elektrizität aus alternativen Energieträgern produziert werden, dazu braucht man allerdings den politischen Willen!** Das erklärte Alexander Ochs, der Experte für Energie- und Klimafragen beim renommierten Worldwatch Institute in Washington. (Kurier, 2010)

„Erneuerbare Energie – bitte mehr“, so lautete die Forderung der Verbände für erneuerbare Energie (Ö. Biomasse-Verband, IG Windkraft Ö., Kleinwasserkraft Ö., Photovoltaic Austria, Austria Solar, ARGE Kompost & Biogas und proPellets Austria) auf der Fachtagung der Industriellenvereinigung am 4. Mai. Seit 2005 steigt der Anteil der erneuerbaren Energie in Österreich. **Zur Erreichung des 34% -Zieles brauchen wir bis 2020 nur noch ein Plus von sechs Petajoule.** Das käme einer Stagnation gleich – appellierte Heinz Kopetz an die politisch Verantwortlichen, denn **Österreich verfügt über Potenzial und Technik für 50% Ökoenergie!** (Ökoenergie 79/2010)

**Eine neue Internetseite informiert über die Strahlenbelastung in Österreich.** Mit nur einem Mausklick sind die Daten der landesweit 300 Messstellen abrufbar. [www.strahlenschutz.gv.at](http://www.strahlenschutz.gv.at) (Kronen-Zeitung, 21. 3. 2010)

**Brandkatastrophe in Russland: Feuer in radioaktiv verseuchten Gebieten bestätigt: Nach tagelangen Dementis hat eine russische Behörde erstmals Waldbrände in radioaktiv kontaminierten Gebieten bestätigt.** Allein in der Gegend um Brjansk seien 28 Brände auf einer Fläche von 269 ha gezählt worden, erklärte die Waldschutzbehörde nach Angaben der Agentur Interfax. Die Region um die russische Stadt Brjansk war im April 1986 durch die radioaktive Wolke aus dem AKW Tschernobyl erheblich verseucht worden. Im Gebiet liegen u. a. radioaktives Cäsium 137 und Strontium 90 (beide haben eine Halbwertszeit von ca. 30 Jahren) im Boden. **Aktivisten von Greenpeace warfen den russischen Behörden vor, die Bevölkerung über die durch aufgewirbelten radioaktiven Staub drohende Gesundheitsgefahr im Unklaren zu lassen.** Sowohl Russlands oberster Amtsarzt Onitschenko als auch die lokale Zivilschutzbehörde hatten ursprünglich erklärt, es gebe kein Feuer im Raum Brjansk. Die russische Waldschutzbehörde musste nun auch das Vorkommen von Bränden an anderen Orten mit radioaktiver Strahlung zugeben. Das Gebiet um die Atomanlage Majak am Ural (Super-GAU 1957) gilt als extrem belastet. Die Waldschutzbehörde forderte die staatlichen Stellen in den betroffenen Gebieten auf, Notfallmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu ergreifen. „Zwar würden mit dem Rauch verseuchte Partikel in die Luft getragen, dies sei jedoch kein Grund zur Panik.“ (www.spiegel.de/wissenschaft/natur 11. 8. 2010).

**Besuchen Sie uns auch auf facebook:**

<http://www.facebook.com/home.php?#!/pages/Lieber-Italien-Sonne-und-Seeals-Berlusconi-neue-AKW/141405115884053?ref=ts>



Mag.<sup>a</sup>.  
Hanna  
Nekowitsch,  
Sprecherin  
der „Wiener  
Plattform  
Atomkraft-  
frei“

**Redaktion:** Was gibt es Neues bezüglich Mochovce?

**Hanna:** Die schlechte Nachricht ist, dass sich auf Bundesebene nichts tut. Man hört nur, dass die Teilnehmer der bilateralen Expertengespräche sehr zufrieden sind. Provokant gefragt: **Womit sind sie denn zufrieden? Mit der einseitig von der Slowakei abgeschlossenen UVP etwa? Oder mit dem fehlenden Containment?**

**Red.:** Gibt es denn auch eine gute Nachricht?

**Hanna:** Ja, die gibt es. **Das Land Wien hat zunächst Beschwerde bei der EU-Kommission eingereicht und dann eine Klage beim Europäischen Gerichtshof wegen Nichtbeachtung des Gemeinschaftsrechts durch die Slowakei.** Beschwerden bei der EU-Kommission gibt es auch von Oberösterreich, Niederösterreich, dem Burgenland, Vorarlberg und Salzburg. Auf Länderebene tut sich also einiges, was sehr erfreulich ist.

**Red.:** Was ist der nächste notwendige Schritt?

**Hanna:** Jetzt muss unbedingt auf Bundesebene etwas geschehen! Wir erwarten, dass Umweltminister Berlakovich im Namen der Republik Österreich eine Klage beim EuGH einreicht, und zwar wegen Vertragsverletzung seitens der slowakischen AKW-Betreiber.

**Red.:** Wie realistisch ist diese Erwartung?

**Hanna:** Nun, mehr als 200.000 Österreicher/innen haben Einwendungen gegen Mochovce 3 & 4 unterzeichnet. Ihre Unzufriedenheit wächst, je länger die Regierung tatenlos zusieht, wie die Schrottreaktoren Mochovce 3 & 4 vor unserer Haustür weitergebaut werden. Die Wiener Plattform Atomkraftfrei hat deshalb am 21. September eine Protestkundgebung vor dem Bundeskanzleramt zum Ministerrat veranstaltet. Wir verleihen unserer Unzufriedenheit Ausdruck und fordern: **„Herr Bundeskanzler Faymann, handeln Sie JETZT!“**